

Abstract:

Grundbedingung einer repräsentativen Demokratie ist die effektive Vermittlung von Interessen zwischen Bürger:innen und ihren Repräsentant:innen. Dabei hängt der Erfolg bei dieser Aufgabe maßgeblich von den kommunikativen Beziehungen des Parlaments zur Öffentlichkeit ab. Eine bisher in der Forschung noch wenig beachtete Realisierungsform dieses Kontaktes sind Briefe von Bürger:innen an Abgeordnete, sogenannte Bürgerbriefe. Diesem brieflichen Kontakt zwischen Bürger:innen und ihren Repräsentant:innen nähert sich die vorliegende Arbeit aus einer kommunikationswissenschaftlichen Perspektive, um den Gegenstand Bürgerbrief zum ersten Mal im aktuellen Kontext der politischen Partizipation in einer repräsentativen Demokratie zu betrachten – den Bürgerbrief also als Praxis politischer Partizipation zu definieren, zu beschreiben und seine politische Funktion zu erarbeiten.

Hierfür werden 107 Bürgerbriefe an eine Abgeordnete der im 20. Deutschen Bundestag mitregierenden SPD einer qualitativen Betrachtung unterzogen, die induktiv jene durch die Briefsorte nahegelegten Muster zu identifizieren und festzuhalten versucht. Dabei scheinen die Briefe primär als Instrument der politischen Partizipation genutzt zu werden, wobei auch die Selbstzuschreibung einer Beratungskompetenz auf Seite der Schreibenden zu beobachten ist. Die untersuchten Bürgerbriefe ergeben ein Bild des Kontaktes zwischen Bürger:innen und Parlament, welcher in besonderem Maße die politische Funktionen der Interessenvertretung und der Responsivität, der Bürgernähe, der Informationsgewinnung sowie der Auseinandersetzung mit dem Staat, politischen Inhalten und demokratischen Prozessen erfüllt.

Art der Arbeit: Bachelor-Arbeit

Verfasserin: Jasna Stürmer

E-Mail: jasna.stuermer[at]gmail.com